

EXTRA: Digitalisierung in der Schule und im Rathaus

Neue Medientechnik für die Grauhalde

Bis zum Schuljahresbeginn 2020/21 soll das MPG komplett und die Daimler-Realschule teilweise auf dem neuesten Stand sein

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
 HANS PÖSCHKO

Schorndorf. Wenn es die Stadt Schorndorf schaffen will, alle 40 Unterrichtsräume im Max-Planck-Gymnasium und eine erste Tranche mit 21 Unterrichtsräumen in der benachbarten Gottlieb-Daimler-Realschule bis zum Schuljahresbeginn 2020/21 mit modernster Multimedialechnik auszustatten, dann muss die europaweite Bekanntmachung der Ausschreibung am 14. Februar veröffentlicht werden. Am Tag zuvor, am Donnerstag, 13. Februar, wird der Gemeinderat – so jedenfalls ist's nach der Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss zu erwarten – der europaweiten Ausschreibung mit einem Auftragsvolumen von rund 1,3 Millionen zustimmen und gleichzeitig die Verwaltung ermächtigen, dem wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag zu erteilen. Ob in eine solche Ausschreibung beziehungsweise Vergabe außer der Wirtschaftlichkeit auch, wie von Einzelstadträtin Andrea Sieber nachgefragt, andere Faktoren wie etwa soziale Standards einfließen können, das soll laut Oberbürgermeister Matthias Klopfer in Gesprächen nicht zuletzt mit dem Fachbereich Revision ganz grundsätzlich geklärt werden, könne wegen der Dringlichkeit der Maßnahme und der engen zeitlichen Spielräume bei diesem Projekt nicht mehr eingespeist werden. Klopfer versprach eine ausführliche Vorlage für die Septemberrunde, wobei Bürgermeister Thorsten Englert jetzt schon zu wissen glaubt, dass es nur schwer zu vereinbaren sein werde, einerseits europaweit auszusuchen und andererseits um regionale Anbieter bemühen zu wollen.



Das Pilotprojekt „digitales Klassenzimmer“ wurde 2018 im neuen Burg-Gymnasium gestartet.

Archivfoto: Büttner

Klopfers Spitze: „Das ist ganz viel Mobilfunk, ganz viel Strahlung ...“

Zuvorderst geht es jetzt darum, das, was 2018 mit dem Pilotprojekt „digitales Klassenzimmer“ im neuen Burg-Gymnasium begonnen hat, möglichst schnell auch im Schulzentrum Grauhalde zu installieren und salonfähig zu machen. „Wir sind da ein Vorreiter im Land, es ist eigentlich sensationell, was wir machen“, klopfte Bürgermeister Englert symbolisch sich selber und der Stadt auf die Schultern – vor allem auch mit Blick darauf, dass es bei der Digitalisierung der beiden Schulen immerhin um ein Investitionsvolumen von knapp 2,5 Millionen Euro geht, wenn man die IT-Ausstattung und die baulichen Leistungen und da vor allem die notwendigen Elektroinstallationen zusammennimmt. Beide Maßnahmen zusammen werden aus dem Förderprogramm „Digitalpakt Schule“ mit 1,57 Millionen Euro gefördert, was FDP/FW-Fraktionschef Gerhard Nickel seinerseits zu einem kleinen Loblied auf die Verwaltung anheben ließ: „Endlich mal eine Verwaltung, die dafür sorgt, dass Gelder, die da sind, auch abgegriffen werden.“ Sie sei „richtig stolz auf die Stadt“, bekundete SPD-Stadträtin Heidi Rapp, während sich Oberbürgermeister Matthias Klopfer eine kleine Spitze in Richtung der Mobilfunkskeptiker im Gremium nicht verkneifen konnte: „Das ist ganz viel Mobilfunk, ganz viel Strahlung ...“

Bereits 2016 wurde in Schorndorf die IT-Konzeption 2.0 verabschiedet. Dabei wurden für alle Schorndorfer Schulen IT-Betriebskonzeptionen erarbeitet. Teil der Gesamtstrategie waren unter anderem die Verkabelungsarbeiten für die LAN- und WLAN-Infrastruktur am Max-Planck-Gymnasium und an der Gottlieb-Daimler-Realschule – mit dem Unterschied, dass die bauliche Generalsanierung des Max-Planck-Gymnasiums noch aussteht, wäh-

rend sie bei der Realschule schon in vollem Gange ist. Ein Grund, warum die Installation der Multimedialechnik zunächst nur in 21 Klassenzimmern vorgenommen wird und sie für weitere 18 beziehungsweise die letzten sechs Unterrichtsräume erst im Zuge der folgenden Bauabschnitte in den Jahren 2021 und 2022 realisiert wird. Bis zu den Sommerferien werden in beiden Schulen die Elektroinstallationen durchgeführt und die Träger für die Tafel- und Monitorpulte und für die Montage der Touchdisplays vorbereitet. In beiden Fällen sind die Kosten für die geplante förderfähige Multimedialechnik und IT-Infrastruktur inklusive neuer Magnetafeln und Montagearbeiten mit rund 15 700 Euro je Klassenzimmer veranschlagt, beim Burg-Gymnasium war noch mit etwa 13 000 Euro je Klassenzimmer gerechnet worden.

Fortbildungsplanung für die Lehrkräfte ist erarbeitet

Zu den Voraussetzungen für eine Förderung im Rahmen des Digitalpakts Schule zählen unter anderem eine Bestätigung des Schulträgers, dass der IT-Support gesichert ist – in diesem Fall durch die städtische EDV-Abteilung, die sich um sämtliche IT-Planungen, Beschaffungen, die Administration (Telefonie, Netzwerk, Server/Clients, Drucker und Kopierer), eine Hotline und die Betreuung der Medientechnik an den Schulen kümmert.

Weitere Voraussetzungen waren die Vorlage eines Medienentwicklungsplanes, eine Bestandsaufnahme der bestehenden und benötigten Ausstattung und eine bedarfsgezielte Fortbildungsplanung für die Lehrkräfte. Diese, heißt es in der Sitzungsvorlage, sei in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und Medienverantwortlichen der betreffenden Schulen erarbeitet worden

und würden in einem nächsten Schritt durch das Kreismedienzentrum geprüft und zertifiziert.

CDU-Stadtrat Max Klinger fühlt sich bei alledem an seine eigene Schulzeit und die Erfahrungen mit dem „Wunderwerk Sprachlabor“ erinnert, mit dem auch die

Erwartung verbunden war, eine Fremdsprache erlerne sich jetzt praktisch von selber. Mittlerweile weiß Max Klinger, dass Lernen immer auch Anstrengung und gute Pädagogik bedeutet und braucht – und dass „Digitalisierung da nur ein Vehikel sein“ kann.

Das süße Gift der Anschubfinanzierung

■ Im Zuge der Sanierungsarbeiten und der Digitalisierung beider großer Schulen im Schulzentrum Grauhalde wird jeder Klassenraum ausgestattet mit

- einem **Medienpult** als Schnittstelle zur Netzwerkinfrastruktur und Präsentationstechnik
- einer **mobilen Präsentationseinheit** in Form eines Tablets mit pädagogischer Software, einem interaktiven Touch-Display, WLAN und einer integrierten Dokumentenkamera
- **Lautsprecher, BlueRay-Player, Zubehör** und einem PC-System
- einem interaktiven, höhenverstellbaren **86-Zoll-Touchdisplay mit Whiteboardmodus**.

■ In den Klassenräumen ist eine IT-Anschlussleiste als Schnittstelle zum interaktiven Display und zum Netzwerk über LWL-Leitungen geplant. In dieser Leiste sind Stromversorgung, Schnittstellen zum Display sowie Netzwerkanlüsse vorgesehen. **In allen Klassenzimmern lässt sich das WLAN bei Bedarf einschalten.** Die Stromversorgung für alle techni-

schen Komponenten im Klassenraum wird **über einen Schlüssel-switcher von der Lehrkraft zentral geregelt.**

■ Von einem „stimmigen Konzept“ sprach im Ausschuss CDU-Stadtrat Thorsten Leiter, für den sich allerdings die Frage stellt, **was in fünf Jahren passiert** und ob das ganze System so konzipiert ist, dass es dann damit getan ist, einzelne Komponenten nachzurüsten.

■ „Jetzt bin ich gespannt, wie Ihnen der Bürgermeister die digitale Welt von in fünf Jahren erklärt“, sagte der Oberbürgermeister, ehe Thorsten Englert mit Verweis auf das „süße Gift Anschubfinanzierung“ erläuterte, dass die Displays und Beamer in spätestens acht Jahren überfällig seien. Es sei dann zwar, so Englert, ein modularer Austausch möglich, aber auch der löse natürlich Folgekosten aus. **„Wir sind von jetzt an in der Ersatzbeschaffung drin“**, sagte der Bürgermeister und bekundete, er sei „gespannt, wie sich das Land dann verhält“.

Vorläufig keine Bürgerbeteiligungs-App

Stadt will entgegen einer Forderung der AfD-Fraktion dem Tübinger Beispiel zunächst einmal nicht folgen

Schorndorf (hap).

Die Stadt Schorndorf hat vorläufig nicht vor, dem Tübinger Beispiel zu folgen und bei der Bevölkerung Meinungen und Stimmungsbilder zu strittigen Sachfragen mittels einer Smartphone-App einzuholen. Ein entsprechender Antrag der AfD-Fraktion wurde im Verwaltungs- und Sozialausschuss durch Kenntnisnahme der ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung erledigt. Die Kosten und der Aufwand zur Betreuung der App erschienen derzeit unverhältnismäßig hoch für die Größe einer Stadt wie Schorndorf, heißt es in der Stellungnahme, in der empfohlen wird, bei künftigen Vorhaben wie etwa der Gestaltung eines neuen Busbahnhofs bekannte Partizipationsmöglichkeiten mit digitalen Befragungstools zu kombinieren. Unter Anleitung von Julia Geiger, Leiterin des Fachbereichs Kommunales, bekamen die Stadträtinnen und Stadträte auch gleich mal Gelegenheit, ein solches Tool (tedme.com) anhand von ein paar Fragen zur Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung ganz allgemein auszuprobieren, ließen es dabei aber etwas an

der notwendigen Ernsthaftigkeit fehlen. AfD-Stadtrat Dr. Ulrich Bußler, aus dessen Sicht der Erfolg einer von seiner Fraktion geforderten App einzig und allein mit deren Bekanntheitsgrad steht und fällt, kündigte an, seine Fraktion werde die von der Verwaltung vorgestellte Alternative prüfen und dann über eine Konkretisierung und Wiedervorlage ihres Antrags entscheiden.

16,4 Prozent Beteiligung

Tübingen hat, wie Julia Geiger und ihr Team auf ausdrücklichen Wunsch der AfD vor Ort recherchiert haben, seine speziell für die Stadt und ihre Bedürfnisse entwickelte Bürger-App im vergangenen Jahr installiert und bislang einmal – bei der Frage „Neues Hallenbad oder Konzertsaal“ – eingesetzt. Ein zweites Mal soll sie im Februar zum Einsatz kommen, wenn es um die Einrichtung eines Radwegs auf der Neckarbrücke geht. An der ersten Befragung – teilnahmeberechtigt waren alle Bürger ab 16 Jahren – nahmen 12 223 Personen teil, was bei

74 741 Abstimmungsberechtigten einer Teilnahme von 16,4 Prozent entspricht, was auch in der Stellungnahmen der Schorndorfer Stadtverwaltung als im Vergleich zu anderen Beteiligungsformen guter Wert anerkannt wurde. Die möglichen Kosten der Bereitstellung der App wurden für Schorndorf auf rund 40 000 Euro beziffert, zu denen 8000 Euro laufende Kosten jährlich und jeweils circa 5000 Euro für Informationsveranstaltungen im Vorfeld von Umfragen kämen.

Die Möglichkeit von Online-Rückmeldungen habe es in Schorndorf etwa beim Thema Radwegekonzeption bislang auch schon gegeben, meinte im Ausschuss Einzelstadträtin Andrea Sieber und lehnte das Instrument einer App als „zu aufwendig“ ab – „auch wenn ich grüne Ideen aus Tübingen generell schätze“. Digitale Plattformen zur Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen müssten auf jeden Fall die Strategie der Zukunft sein, meinte SPD-Stadtrat Marcel Kühnert, der aber nichts davon hält, dass jede Kommune für sich ganz speziell eine Lösung sucht. Er sei

„ganz klar gegen eine solche App“, deren Einsatz ja für den Gemeinderat keinerlei Bindungswirkung habe, was andererseits wieder zu Frust bei denen führen könnte, die sich an einer Abstimmung beteiligt hätten. Es gebe ja auch komplizierte Fragestellungen, die nicht mit drei Klicks zu beantworten seien, sprach sich Klinger gegen einen so „simplifizierten“ Ansatz aus und stellte (sich) außerdem die Frage, wie viel Beteiligung es brauche, damit das Ergebnis einer solchen Befragung repräsentativ sein könne.

Ab wann repräsentativ?

Kritische Gegenfrage eines Vertreters der Jugendinitiative Schorndorf: „Halten Sie das Ergebnis dann auch nicht für repräsentativ, wenn der neue Gemeinderat von weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden ist?“ Gleichwohl hieß es auch von Seiten der Jugendlichen: „Online ist immer gut, aber eine solche App ist für das, was sie leistet, zu teuer.“